

Zeitschrift: Saiten : Ostschweizer Kulturmagazin
Herausgeber: Verein Saiten
Band: 30 (2023)
Heft: 332

Artikel: "Wir müssen jeden Meter Natur zurückerobern"
Autor: Gadze, David / Riedener, Corinne
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1042054>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«WIR MÜSSEN JEDEN METER NATUR ZURÜCKEROBERN»

Fast 60'000 neue Bäume: Das ist eine der vielen Massnahmen, die «Grünes Gallustal» für St.Gallen fordert. Wo sollen diese Bäume wachsen? Wie viel kostet die grüne Vision, und wer soll das alles bezahlen? Braucht es ökologischere Bauvorschriften und einen besseren Baumschutz? Diese und andere Fragen diskutieren Regula Geisser und Gregor Geisser vom Projektteam des «Grünen Gallustals», Stadtplaner Florian Kessler und Adrian Stolz, Leiter Stadtgrün.

Interview: David Gadze und Corinne Riedener, Bilder: Andri Voehringer

Saiten: Frau Geisser, in der Fachwelt existieren bereits etliche Ansätze, um Biodiversität, Klimaanpassung und Siedlungsqualität in Städten zu fördern. Das «Grüne Gallustal» zeigt nun auf, wie und wo die Stadt St.Gallen begrünt werden könnte. Warum hat es für St.Gallen nochmal eine eigene Studie gebraucht? Und warum braucht es all diese Massnahmen?

Regula Geisser: Die bestehenden Studien richten sich in der Regel an Fachleute. Wir haben gemerkt, dass für diese grosse Aufgabe, die uns bevorsteht – die Stadt St.Gallen deutlich grüner zu machen –, die Unterstützung der Bevölkerung eine Notwendigkeit ist. Darum haben wir diese Vision entwickelt: von der Zivilgesellschaft für die Zivilgesellschaft. Es sollte ein Gesamtbild entstehen, das die Bevölkerung verstehen kann. Die Massnahmen bilden die Grundlage, um diese Vision zu realisieren und einen inneren Zusammenhang zu erstellen.

Die ganze Vision «Grünes Gallustal» umfasst über 1500 Seiten. Das übersteigt die Aufnahmefähigkeit vieler.

RG: Wir mussten der Komplexität der Aufgabe gerecht werden. Die 1500 Seiten sind ein Abbild davon. Aber deshalb gibt es auch so viele Bilder und konkrete Pilotprojekte, um die Aufmerksamkeit zu wecken und den Zugang zum Thema oder zu Diskussionen zu erleichtern. Anhand der Bilder kann man über konkrete Beispiele reden und nicht nur über die Strategie.

Welches sind in Bezug auf St.Gallen die zentralen Erkenntnisse?

RG: Wir wollten für St.Gallen eine massgeschneiderte Lösung finden, anstatt einfach mögliche skalierbare Massnahmen aus Zürich, Basel oder Bern anzuwenden. Bei der Analyse haben wir erkannt, dass in St.Gallen die Biodiversitätskrise und die Überhitzung angekommen sind. Bei uns herrschen Temperaturen wie in Mailand vor 40 Jahren. Entlang der Talsohle gibt es im Sommer ein ausgeprägtes Hitzeband. Seit 1980 haben wir auf dem ganzen Stadtgebiet Grünraum von fast 400 Fussballfeldern verloren – und dadurch auch neun von zwölf Brutvogelarten. Es ist eine dramatische Situation, die sich zugespitzt hat. Davon sind aber zum einen die Tiere und die Pflanzen betroffen, zum anderen die Menschen. Nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch: Diese Entwicklung wird eine Wohnwertminderung nach sich ziehen, wenn wir sie nicht aktiv aufhalten.

Sie sagen, es sei eine Illusion, dass St.Gallen eine grüne Stadt ist. Können Sie das erklären?

RG: Das zeigen die Fakten. Wir haben im Siedlungsbereich eine geringere Baumdeckung als beispielsweise Zürich, obwohl Zürich ein Ballungsraum ist. Die Talsohle ist stark bebaut und versiegelt. In St.Gallen fehlen gemäss unserer Hochrechnung 58'000 Bäume, damit wir einen Baumdeckungsgrad von 25 Prozent erreichen. Heute sind es etwa 14 Prozent. Die Illusion der grünen Stadt entsteht dadurch, dass wir die Topografie eines Tals haben. Unsere Perspektive ist immer die einer grünen Stadt, weil wir an die durchgrüneten Hügel schauen. In der Ebene nimmt man die Präsenz des Graus gar nicht richtig wahr.

Herr Kessler, St.Gallen, «die Stadt im grünen Ring», ist also innerhalb des Rings noch sehr grau – zu grau. Einverstanden?

Florian Kessler: Das stimmt nur teilweise. Die Quartiere sind unterschiedlich stark durchgrünt. Die Tendenz ist aber richtig. Vor allem zwischen der stärker bebauten Talsohle und den Hängen ist der Unterschied der Grünflächenanteile gross. Und innerhalb der Talsohle haben wir Gebiete, in denen es in Zukunft besonders wichtig sein wird, das Grün zu stärken, gerade im Hinblick auf die angestrebte Innenentwicklung. Deshalb ist unbestritten: Es braucht mehr Grün und insbesondere mehr Bäume.

Unterstützen Sie also grundsätzlich diese Vision?

FK: Ich habe alle Bände von «Grünes Gallustal» von vorne bis hinten durchgelesen. Und mich gefreut über die Vision einer grünen Stadt St.Gallen, die neben den Problemen auch aufzeigt, wo es einen Wandel braucht.

Aber?

FK: Die Studie deklariert ja offen, dass all die Massnahmen sehr, sehr viel Geld kosten. Deshalb stellt sich die Frage, welche Massnahmen man in welchem Zeitraum umsetzen kann, wie sie finanziert werden und so weiter. Bei den städtischen Bauprojekten, die wir ohnehin realisieren, ist künftig zwingend zu berücksichtigen, welchen Beitrag wir zur Biodiversität, zur Aufwertung von Freiräumen oder zur Hitzeminderung leisten können. Dabei sind auch Abwägungen vorzunehmen. Denn an jedem Ort gibt es immer mehrere Bedürfnisse. Die Frage ist, wie man welches Bedürfnis ge-

wichtet. Klar ist: Wenn wir die Vision einer grüneren Stadt realisieren wollen, müssen Grün- und Freiflächen bei diesen Priorisierungen einen höheren Stellenwert bekommen. Das ist ein Prozess. Das Gute an dieser riesigen Arbeit von «Grünes Gallustal» ist, dass sie kommunizierbar ist. Auch wenn man bei jedem einzelnen Bild darüber diskutieren kann, wie realistisch es ist – es zeigt die Stossrichtung für eine grüne Stadt St.Gallen auf.

Gregor Geisser: Mehr Grünflächen in der Stadt sind aber nicht nur eine Forderung aus der Zivilgesellschaft, sondern auch eine klare Pflicht durch das Bundesrecht. Ob ökologischer Ausgleich durch das Natur- und Heimatschutzgesetz, Klimaanpassung durch das Umweltschutzgesetz oder die Freiraumqualität durch das Raumplanungsgesetz – es gibt eine Entwicklung hin zu immer stärkeren ökologischen Massnahmen. Dieses rechtliche Fundament ist sehr wichtig.

FK: Dazu kann ergänzt werden, dass der Stadtrat kürzlich die Anpassung des städtischen Richtplans zuhanden des Stadtparlaments verabschiedet hat. Darin sind die verschiedenen Strategien eingeflossen, welche die erwähnten Themen enthalten. Sie bilden damit – je nachdem, wie sie vom Parlament beschlossen werden – auch eine Vorgabe für die weiteren Arbeiten, namentlich für die bestehende Revision der Bau- und Zonenordnung. Einerseits ist Bundesrecht massgebend, andererseits ist bedeutend, welche Instrumente den Gemeinden aufgrund des kantonalen Planungs- und Baugesetzes zur Verfügung stehen. Dieses bietet ihnen beispielsweise mit dem Nachtrag II die Möglichkeit, eine Grünflächenziffer einzuführen. Das kann auch für die Stadt ein wichtiges Instrument sein.

Die Grünflächenziffer ist ja schön und gut, aber sie sagt noch nichts über die Qualität der Grünflächen aus.

FK: Das stimmt. Aber es ist immerhin ein Baustein, den wir nutzen können und der Potenzial bietet.

GG: Die Grünflächenziffer ist ein Erfolg, weil sie eine erste Handhabe bietet, um gestützt darauf gezielt auch Flächen des ökologischen Ausgleichs auszuscheiden. Man hätte aber auch sonst Wege gefunden, beispielsweise mit Grenz- oder Gebäudeabständen. Die Güterabwägung findet dabei wegen des Handlungsbedarfs immer mehr zugunsten der Klimaanpassung und der Biodiversität statt. Natürlich gibt es dabei Nutzungskonflikte, die austariert werden müssen. Das ist häufig nicht primär eine Frage der rechtlichen Vorgaben, sondern einer angemessenen Abwägung im konkreten Einzelprojekt.

Adrian Stolz, wir haben es gehört: Die Stadt muss ihren Baumdeckungsgrad nahezu verdoppeln, um auf 25 Prozent zu kommen. Das klingt nach einer Herkulesaufgabe.

Adrian Stolz: Im vergangenen Jahr konnten wir erstmals aus Luftbildern den Baumkronendeckungsgrad für St.Gallen berechnen. Er beträgt für das Jahr 2021 14,4 Prozent. In den einzelnen Quartieren schwankt er jedoch ziemlich stark. In der Altstadt und in den Industriequartieren liegt er unter 10 Prozent, im Quartier Rosenberg hingegen etwa bei 21 Prozent. Andere grosse Schweizer Städte haben sich ehrgeizige Ziele gesetzt, um ihren Kronendeckungsgrad zu erhöhen. Das müssen auch wir in St.Gallen tun. Es ist aber eine grosse Herausforderung.

Was ist denn so ehrgeizig daran?

AS: Es ist nicht so einfach, ihn fast zu verdoppeln. Wo soll man all die Bäume pflanzen? Und man darf nicht vergessen: Bis ein

Baum seine gewünschte Wirkung entfalten kann, braucht es 50 bis 80 Jahre. Zudem brauchen Bäume gute Standortbedingungen, damit sie wachsen können. Im Strassenraum sind beispielsweise grosse Baumgruben notwendig. Wir haben im vergangenen Jahr 150 zusätzliche Bäume gepflanzt in der Stadt. Das ist nichts im Vergleich zu dem, was nötig wäre! Und wenn ich daran denke, wie viel Aufwand und Widerstand es gab ... Das waren noch die einfacheren Orte. In den kommenden Jahren wird es noch deutlich schwieriger werden, gute neue Standorte zu finden.

Woher kommt dieser Widerstand?

AS: Von ganz unterschiedlichen Seiten – da geht es um Grenzabstände, um die Lage von Werkleitungen, um gestalterische Fragen. Manchmal sind es ganz banale Dinge: Der Baum wirft Schatten, versperrt die Aussicht oder führt aufgrund des Laubfalls zu einem grösseren Unterhaltsaufwand.

Also sind all die Orte, die auf den Visualisierungen so schön bepflanzt sind, in der Praxis sehr schwer zu begrünen?

AS: Gewisse Pflanzungen sind möglich, gewisse sind nur mit grossem Aufwand zu realisieren und ein beachtlicher Teil ist nicht möglich. Ein weiterer wichtiger Aspekt sind die Kosten. An einem Ort in der Altstadt würde uns die Pflanzung von drei Bäumen inklusive aller Bauarbeiten rund 150'000 Franken kosten. Das wäre unverhältnismässig. Wir müssen vor allem dort Bäume pflanzen, wo wir ohnehin Arbeiten ausführen, damit die Erhöhung des Baumvolumens finanzierbar bleibt.

Regula Geisser





Heute



Bahnhof Nord

Vision



Heute



Stephanshorn

Vision

Gregor Geisser



Diese Kosten übernehmen teilweise Bund und Kanton, es müsste also nicht alles die Stadt bezahlen, oder?

GG: Es wird immer mehr eine Verbundaufgabe. Bund und Kanton partizipieren zwar, aber eher im Rahmen von globalen Programmvereinbarungen, nicht direkt bei Einzelprojekten. Man muss auch unterscheiden zwischen öffentlichem und privatem Grund. Auf öffentlichem Grund zahlt die Stadt, auf privatem der jeweilige Eigentümer, gestützt auf das Verursacherprinzip, etwa bei Neubauten. Und ökologischer Ausgleich beinhaltet nicht nur den Baumschutz. Es gibt eine ganze Palette möglicher Massnahmen: Ruderalflächen, Hecken, Trockenmauern, Weiher, Tümpel, extensive, also ungedüngte Wiesen. Man darf nicht nur auf den Baumschutz fokussieren, auch wenn dieser wichtig ist und das gerade ein grosses politisches Thema war.

AS: Das ist richtig, die Förderung der Biodiversität ist ein wichtiges Thema. Für die Anpassung an den Klimawandel sind Bäume aber das wirksamste Mittel.

FK: Der tiefe Prozentsatz des Baumkronendeckungsgrads erklärt sich wohl auch durch den grünen Ring – man schaut ins Grüne, das Bedürfnis zu handeln erscheint dadurch tiefer. In einer Stadt ohne angrenzende begrünte Hügel, die durch kühlende Luft gegen Hitze beitragen, braucht es einen höheren Anteil von Bäumen.

RG: Zwei Drittel der Stadtbevölkerung leben in der Talsohle, und dort haben wir die starke Versiegelung und folglich das Hitzeband. Es ist also ein schwacher Trost, wenn man ins Grüne schaut, aber unter der Hitze leidet. Mit Begrünungen könnte man ausserdem die Gebiete mit hohem Wohnungsleerstand attraktiver machen und den Wohnwert anheben. Dann können sich auch Mehrkosten teurer Strassenbäume rechnen. Es braucht also nicht nur die bauliche Innenent-



Heute



Oberstrasse

Vision



Heute



Olma

Vision

wicklung, sondern eine qualitative Aufwertung und Flächensicherung des Aussenraums, damit mehr Menschen nach St.Gallen ziehen.

FK: Inhaltlich bin ich einverstanden. Auch unsere Freiraumstrategie zeigt, dass Grün und Bäume sehr wichtig sind. Aber es braucht auch mehr Flächen, welche die Bevölkerung in der Talsohle als Freiraum nutzen kann, um den Wohnwert steigern zu können.

GG: Noch eine Anmerkung zum grünen Ring: Grün ist nicht gleich Grün. Eine intensiv genutzte Landwirtschaftszone entspricht nicht einer extensiven Nutzung, ein nicht gestufter Waldrand ist weniger wertvoll als ein gestufter. «Grünes Gallustal» hat auch Bausteine entworfen, um bestehende Grünräume aufwerten zu können. Und es gibt verschiedene Schutzzonen, die man erweitern könnte, beispielsweise jene um die Drei Weieren. Ausserdem sind innerhalb des Siedlungsraums Vernetzungskorridore wichtig. Der Grünkorridor durch die ganze Stadt, den wir entworfen haben, leistet dazu einen wertvollen Beitrag.

Die Rede ist von neuen Grünflächen. Wie gross ist denn der Druck auf die bestehenden?

AS: Von Frühling bis Herbst schätzen die Menschen in der Stadt die Grünräume sehr. Vor allem an heissen Sommertagen wird ihre Bedeutung in den kommenden Jahrzehnten als kühle Inseln innerhalb des Siedlungsgebietes noch zunehmen. Aber wir merken im Alltag, dass der Nutzungsdruck in den Grünflächen zunimmt. Auch in den Gebieten mit Schutzverordnungen besteht ein Nutzungsanspruch. So finden beispielsweise das Weieren Openair oder das Openair St.Gallen in einem Schutzgebiet statt. Das erfordert immer eine Interessabwägung.

RG: Es geht jetzt um das territoriale Rückerobern der Natur, wo wir in den vergangenen 40 Jahren viel verloren haben. Das gilt auch für die Strassen. Wir müssen jeden Meter zurückerobern, auch wenn das vielleicht bedeutet, dass man zugunsten einer Baumallee auf die Eigentrassierung einer Busspur verzichten muss. Es ist ein Kampf um jeden Quadratmeter. Mit all den Visualisierungen versuchen wir auch, den Leuten die Angst zu nehmen, dass sie etwas verlieren – und ihnen zu zeigen, was sie im Gegenzug gewinnen können. Vielleicht schaffen wir es so, immer mehr Menschen hinter unsere Vision zu bringen.

GG: Oft kann man Nutzungskonflikte auch auflösen. Beim Areal Bach konnten wir durch eine Optimierung des Parkplatzkonzepts mehr Grünraum erreichen. Bei der Güterabwägung geht es immer auch um cleveres Planen. Etwa beim Spelteriniplatz: Muss das ein Parkplatz bleiben, damit der Zirkus Knie dort gastieren kann, oder könnte dieser nicht an einen anderen Ort ausweichen, zum Beispiel auf die Kreuzbleiche? Und wenn er bleibt: Kann der Zirkus den Anspruch haben, sich dort möglichst unkompliziert einrichten zu können, oder darf er auch etwas aufwändiger parkieren müssen, wenn es dort mehr Bäume gibt?

AS: Das Abstimmungsergebnis zum Baumschutz zeigt, dass es sich in die richtige Richtung entwickelt, wenn auch nicht mit der Geschwindigkeit und Intensität, wie wir es gerne hätten.

Man merkt aber auch, dass der Widerstand bei bestimmten Gruppen nach wie vor sehr gross ist. Beim Baumschutz wurde etwa mit «mehr Bürokratie» argumentiert, was ja als Argument in der Güterabwägung völlig lächerlich ist.

AS: Bei 80'000 Personen, die auf engem Raum miteinander leben, wird es immer unterschiedliche Ansichten geben. Ich finde es deshalb überaus positiv, dass zwei Drittel der Bevölkerung

Ja zum Baumschutz gesagt haben. Damit haben sie ein deutliches Zeichen für die Zukunft gesetzt. Dieses Gesetz lässt immer noch viele Baumfällungen zu. Das Baumschutzgebiet wurde zwar auf das ganze Stadtgebiet ausgedehnt, aber die Bauordnung wurde inhaltlich nicht verschärft. Wenn ein Baum im Bereich eines Neubaus steht, kann er in aller Regel auch weiterhin gefällt werden. Wichtig ist ein pragmatischer Umgang, damit es keine Verhärtung der Fronten gibt, sondern vielmehr eine Entspannung.

FK: Ich möchte an dieser Stelle eine Lanze brechen für das Bauen. Die Bevölkerungszahl muss weiter steigen können. Es ist sinnvoll, dass die Stadt dort wächst, wo bereits gute Infrastruktur vorhanden ist – und wir dort zusätzliche gute Lebensräume schaffen für die Bewohner:innen. Die bauliche Entwicklung in St.Gallen muss weitergehen können, selbstverständlich im Einklang mit der Freiraumentwicklung und der Biodiversität.

Für die Umsetzung von «Grünes Gallustal» braucht es das Zusammenspiel zwischen den Projektverantwortlichen und der Stadtverwaltung, aber auch zwischen Organisationen wie dem Hauseigentümerverband und Privaten. Wie holt man die Bevölkerung, die Privateigentümer:innen und die Investor:innen ins Boot?

RG: Apropos Lanze brechen für die Bautätigkeit: Ich bin Architektin und muss schauen, dass ich von meinem Job leben kann. Dennoch denke ich, dass Verdichtung immer zusammen mit den Bedürfnissen der Menschen entwickelt werden sollte. Diese wollen eine grüne, attraktive Umgebung. Mit anderen Worten: Wenn wir das Ziel erreichen können, alles, was wir verbauen, als Grünraum zu kompensieren, dann schaffen wir auch die Trendwende hin zu mehr Bevölkerung. Bei freiwilligen Massnahmen sind gute Beispiele immer am besten. Wenn also ein Bauherr nachweisen kann, dass er trotz Kompensationsmassnahmen Rendite erzielt, hilft das am meisten, ein Umdenken auszulösen.

GG: Ein wichtiger Grundsatz bei der Verdichtung ist «Umbau vor Neubau». Also dass man versucht, Bestehendes umzunutzen, bevor man etwas Neues baut. Gleichzeitig muss man mit Grünflächenziffern arbeiten. Das heisst, dass man einerseits die bestehende Grünfläche in ihrem ganzen Umfang erhält, und andererseits zusätzliche ökologische Ausgleichsflächen fordert. Durch gezielte Aufzonungen gewinnen Liegenschaften beim gleichem ökologischen Fussabdruck an Rendite. Also könnte man über einen Aufzonymehrwert-Ausgleich zugunsten der öffentlichen Hand Geld für den gezielten ökologischen Ausgleich generieren. Wir werden das dem Stadtrat im Rahmen der Zonenplanrevision als rechtliche Vorgabe vorschlagen.

AS: Langfristig werden auch die Bedürfnisse der Bewohner ausschlaggebend sein. Viele Studien zeigen, dass Menschen gerne in einem grünen, biodiversen Umfeld leben möchten. Immobilienbesitzer müssen sich im eigenen Interesse auch daran orientieren, was gefragt ist.

Das waren jetzt vor allem ökonomische Gründe. Gibt es noch andere?

FK: Bei der Frage zu Ersatz- oder Neubauten geht es auch um Nachhaltigkeit. Es ist von Fall zu Fall beurteilen, ob Um- oder Neubau mehr Sinn macht. Wenn das bestehende Bauvolumen klein und in schlechtem Zustand ist und durch eine Verdichtung viel ermöglicht wird, führt dies eher zum Abbruch von Gebäuden. Es sind auch soziale Aspekte zu berücksichtigen. Wenn Wohnraum ersetzt wird, trifft es häufig eher Schwächere. Dessen sollte man sich bewusst sein. Noch eine Ergänzung zur Innenentwicklung: Sie ist klar auch an



Florian Kessler

die Qualitäten des Freiraums gebunden. Untersuchungen zeigen, dass Menschen die bauliche Verdichtung durchaus akzeptieren und sogar als wünschenswert beurteilen, wenn der Aussenraum nutzbar und grün ist. Wenn dies nicht der Fall ist, sinkt die Akzeptanz stark. Das gilt wohl auch für St.Gallen. Die angestrebte Innenentwicklung erfordert deshalb mehr nutzbare Freiräume, Grünflächen und Bäume.

RG: Bei grösseren Gebietsentwicklungen können Grünräume mitgeplant werden. Die Schwierigkeit ist die Nachverdichtung innerhalb der gebauten, statischen Stadt. Wenn man Baulücken füllt, hat man netto einen Verlust der Grün- und Freiräume. Die Hofüberbauung an der Ilgenstrasse im Otmarquartier und das «Wiesli» im Museumsquartier sind Beispiele dafür, oder auch die geplante maximale Baukonzeption der Girtannerswiese auf dem Rosenberg. Für die Nachbarschaft bedeutet der Verlust dieses Grünraums auch einen Wohnwertverlust.

FK: Dabei ist zu differenzieren: Hier handelt es sich um privates bestehendes Bauland. Die Eigentümer:innen haben das Recht, dort zu bauen, in gewissem Masse haben sie sogar eine Verpflichtung dazu. Zum städtischen Bauland hat sich der Stadtrat in seiner Innenentwicklungsstrategie klar geäussert: Derzeit soll grundsätzlich kein neues Bauland für neue Wohngebiet eingezont werden. Die Stadt soll innerhalb der bestehenden Bauzonen wachsen.

Gregor Geisser, Sie haben das rechtliche Konzept der Studie ausgearbeitet. Welche Massnahmen müssten ergriffen werden? Haben Sie konkrete Beispiele?

GG: Die Grenzabstände für Bäume etwa sind ein alter Zopf und könnten grundsätzlich aufgehoben oder zumindest verkleinert werden. Zürich und Basel-Stadt machen es bereits vor.

Auch bei den Strassenräumen bräuchte es eine Handlungspflicht: Bei jeder Sanierung müsste geprüft werden, ob es im Strassenraum Platz hat für einen grünen Multifunktionsstreifen mit Baumreihen. Und die Vorschriften bei der Dachbegrünung sollten – unter der Berücksichtigung von Sonnenkollektoren – erweitert werden. Das sind nur ein paar von vielen Bausteinen, die wir vorschlagen.

FK: Ich meine, wir sind auf einem guten Weg. Nehmen wir die Dach- und Sonnenkollektoren: Diese werden von der Stadt aktiv unterstützt, und gemischte Anlagen für Fotovoltaik und Biodiversität erhalten sogar noch mehr Fördergelder.

Förderungen, Freiwilligkeit und Handlungsempfehlungen tun niemandem weh. Reicht das oder braucht es nicht mehr rechtliche Massnahmen für einen Kulturwandel? Warum sind zum Beispiel Fotovoltaik-Anlagen oder Dachbegrünungen nicht einfach Pflicht?

AS: In der Bauordnung hat es durchaus noch Potenzial für Begrünung und Ökologie. Sie ist in einer Zeit entstanden, in der das Bauen absolut im Zentrum stand und Themen wie Umweltschutz oder Stadtklima eine geringere Rolle spielten. Da sehe ich Handlungsbedarf. Allerdings soll die Bautätigkeit nicht verhindert werden. Ich bin überzeugt, dass sich bei einem frühzeitigen und ernsthaften Einbezug freiräumlicher, stadtklimatischer und ökologischer Aspekte sehr gute Projekte realisieren lassen. Nebst den zusätzlichen Vorschriften braucht es aber auch Beratung und Information, um für grüne Themen zu sensibilisieren. Ein erster Schritt in diese Richtung ist unsere Biodiversitätsstrategie.

FK: Auch die Fachpersonen sind gefragt. Vor gut 20 Jahren wurden die Themen Ökologie und Stadtklima in den Ausbildungen vielfach höchstens gestreift – obwohl sie ja keineswegs neu sind. Heute sind sie viel dringender und darum ist auch mehr Fachwissen vorhanden. Mittlerweile wird mehr Gewicht auf nachhaltiges Bauen und Biodiversität gelegt. Trotzdem besteht auch hier noch Handlungsbedarf. Das Fachwissen muss bei allen Beteiligten weiter ausgebaut werden.

Also kommen die rechtlichen Verpflichtungen in der bevorstehenden Revision der Bau- und Zonenordnung?

FK: Die verschiedenen Strategien wurden im kommunalen Richtplan aufgenommen. Nun wird der in der vorberatenden Kommission, der Liegenschaften- und Baukommission, und anschliessend im Stadtparlament behandelt. Voraussichtlich im Herbst wissen wir Genaueres. Ich gehe derzeit davon aus und hoffe, dass wir entsprechend den Stossrichtungen weiterarbeiten können.

AS: Die Revision der Bau- und Zonenordnung folgt im Anschluss an die Revision der Richtplanung. Sie ist die Grundlage. Letztlich ist es ein politischer Entscheid. Wenn die Bau- und Zonenordnung vom Stadtparlament verabschiedet wird, gibt es voraussichtlich eine Volksabstimmung.

GG: Die Bauordnung sieht ja nicht nur Verbote und Gebote vor, man könnte dort auch Fördermassnahmen verankern, zum Beispiel einen Ausnützungsbonus. Diesen gibt es, wenn man besonders ökologisch baut. St. Margrethen etwa sieht ein solches Instrument vor. Ein weiterer Ansatz wäre der Finanzausgleich: Wenn man an einem Ort nicht für ökologischen Ausgleich sorgen kann, wäre es denkbar, eine Ersatzabgabe zu leisten, die andernorts in den ökologischen Ausgleich investiert wird.

FK: In den bestehenden Regelbauvorschriften gibt es diesen Ausgleich nicht, das stimmt. Hingegen kommt im Rahmen der Sondernutzungsplanung der ökologische Ausgleich mit üblicherweise 15 Prozent bereits zum Tragen. Wenn

möglich dort, wo gebaut wird, und wenn nicht, dann an einem anderen Ort.

Die von «Grünes Gallustal» skizzierten Massnahmen kosten insgesamt rund zwei Milliarden Franken. Viele dürften also allein schon an der Finanzierung scheitern, ausser man erschliesst zusätzliche Quellen. Wen muss man in die Pflicht nehmen? Aus welchen Töpfen soll das Geld kommen?

GG: Diese Kosten muss man relativieren, wir reden hier von einer Generationenaufgabe. Dieses Geld muss nicht in fünf Jahren da sein. Auf privatem Grund wären bei Neu- und Umbauten sicher die Grundeigentümer:innen in der Pflicht, ökologischen Ausgleich zu leisten. Diese Kosten tragen die Privaten. Wobei es sich hier meist um «Ohnehin-Kosten» handelt, etwa bei der Aussenraumgestaltung. Kostenvergleiche zeigen, dass die naturnahe Begrünung häufig gar nicht teurer ist. Auf öffentlichem Grund ist es eine Verbundaufgabe von Stadt, Kanton und Bund. Das muss aber nicht nur städtisches Steuergeld sein: Wir schlagen einen Finanzierungstopf «Stadtnatur» vor, zusammengesetzt auch aus Beiträgen von Bund und Kanton, Ersatzabgaben von Grundeigentümer:innen und Einnahmen aus dem Mehrwertausgleich.

RG: Wir haben mit einer Zeitspanne von 20 Jahren gerechnet, also 100 Millionen pro Jahr. Auf die vier Player – Bund, Kanton, Stadt und Private – verteilt, wären das je 25 Millionen. Wenn man das nochmals auf die Grundstücke mit Garten herunterrechnet, wären wir bei rund 1500 Franken pro Grundstückbesitzer:in pro Jahr über 20 Jahre hinweg. Das ist ein tragbares Investment in die Stadtnatur.

Relativiert sich die Zahl auch bei den vorgeschlagenen Autobahndeckeln?

RG: Wir haben uns an den Kosten der Autobahnüberdachung Olma-Neuland orientiert und rechnen mit 3500 Franken pro Quadratmeter. Der Olmadeckel alleine kostet 42,6 Millionen und ist anscheinend finanzierbar. Die Mehrzahl der Autobahndeckel besteht bereits in St. Gallen. Die verbleibenden Einhausungen kosten mit dem gleichen Quadratmeterpreis hochgerechnet 156 Millionen. In Gegenden, die beschallt sind, bringen sie einen massiven Wohnmehrwert und somit auch einen langfristigen Gegenwert. Diese Gewinne haben wir nicht einberechnet. Die zwei Milliarden sind also reines Investment. Und die Zahl relativiert sich nochmals, wenn wir so viel wie möglich im Zuge der ordentlichen Sanierungszyklen anpacken. Bei Strassenprojekten beispielsweise müssen Multifunktionsstreifen mit Baumreihen zwingend von Anfang an mitgedacht werden, dann muss man sie auch nicht nachträglich teuer einbauen.

Braucht es diesbezüglich auch ein Umdenken seitens Verwaltung, beispielsweise beim Tiefbauamt?

FK: Wir sind auf gutem Weg, Stadtgrün, Tiefbauamt und Stadtplanung arbeiten dienststellenübergreifend am Thema Biodiversität und Stadtklima. Zum Beispiel sind mehr Bäume im Strassenraum ein Ziel der städtischen Freiraumstrategie. Momentan scannen wir die ganze Stadt auf ihr Baumpotenzial, erarbeiten ein Strassenbaumkonzept und schauen: Was ist wo und wie umsetzbar? Bezüglich Biodiversität sehe ich noch eine weitere grosse Chance, wie wir in wenigen Jahren viel erreichen könnten: die unzähligen Aussenräume bestehender Siedlungen, die weder einen grossen Nutzwert noch eine hohe Biodiversität aufweisen. Diese sollten beispielsweise im Zuge von Sanierungen oder Erweiterungen aufgewertet werden. So liesse sich durch

viele kleine Beiträge ein grosser Mehrnutzen für die ganze Stadt generieren.

GG: Definitiv. Ein Drittel der Siedlungsfläche, also sechs Quadratkilometer, besteht aus Privatgrund.

FK: Viele Grundeigentümer:innen würden gerne einen Beitrag leisten, wissen aber oft kaum wie. Darum braucht es Wissen und Beratung. Diesen fachlichen Input können private oder auch städtische Stellen leisten. Hier sehe ich auch die Stadt in der Pflicht.

AS: Das haben wir erkannt und werden mit der Umsetzung der Biodiversitätsstrategie ein Angebot schaffen.

Die erwähnten 25 Millionen, die die Stadt pro Jahr investieren müsste, sind mehr als das Doppelte vom Budget der Dienststelle Stadtgrün ...

RG: Darum braucht es Support der Gesellschaft. Die Abstimmung zur Erweiterung des Baumschutzgebiets im März hat gezeigt, dass der Wille da ist. Ich bin überzeugt, dass da noch mehr möglich wäre. Vielleicht braucht es bald eine Richtungsabstimmung.

FK: Trotzdem müssen wir Mass halten. Das Investitionsvolumen der Stadt liegt bei etwa 60 Millionen pro Jahr. Dieses Geld geht auch in Primarschulen, Tagesbetreuungen, Strassenprojekte und andere Aufgabenbereiche. Wir können davon nicht einfach mal 25 Millionen abzwacken und umverteilen. Und jährlich 25 Millionen obendrauf zu legen, lässt die Finanzlage im Moment nicht zu.

RG: Aber wenn man ökologische Ziele hat, muss man doch Farbe bekennen und das Geld in die Hand nehmen – im Sinn einer Güterabwägung. Jahrzehntlang wurde viel zu wenig in die ökologischen Ziele investiert. Wir können jetzt nicht auf ein Wunder hoffen, sondern müssen alle unseren Beitrag leisten.

Adrian Stolz



FK: Es besteht sicher noch Potenzial bei den Investitionen, die die Stadt sowieso tätigt. Wenn diese richtig kanalisiert werden, kann fürs Stadtklima einiges erreicht werden. Bei Arealentwicklungen etwa müssen Überlegungen zu Biodiversität und Stadtklima zwingend eine Rolle spielen.

RG: Ja, zum Beispiel in St.Fiden, wo jetzt eine solche «Ohnehin-Planung» ansteht. In dieser Phase müsste man den Grünkorridor schon jetzt mitbedenken, dann fallen später auch keine Mehrkosten an. Wenn man jetzt bei solch grossräumigen und langfristigen Planungen die Ideen von «Grünes Gallustal» nicht mitdenkt, verpasst man wichtige Zeitfenster.

Zum Schluss zurück zur Vision der grünen Stadt: Was braucht es, um sie umzusetzen? Und wie viel grüner wird St.Gallen in 20 Jahren sein?

AS: Ganz umsetzen können werden wir die Vision vermutlich nie. Aber es geht in die richtige Richtung. An einigen Projekten sind wir ja bereits dran, zum Beispiel an der Begründung der Überdeckung Stephanshorn. Ich bin zuversichtlich, dass St.Gallen noch deutlich grüner wird in den kommenden Jahrzehnten.

FK: Es braucht den Willen und ganz viel Arbeit. Der öffentliche Raum wird künftig deutlich grüner werden. Und ich bin auch überzeugt, dass wir in der Talsohle einiges fürs Stadtklima bewirken können, auch wenn es eine Herausforderung wird. Vor einigen Jahren habe ich gesagt, dass St.Gallen 2050 älter, mobiler, verdichteter und grüner sein wird, und ich bin überzeugt, dass das Grün, im Sinn der Güterabwägung, an Bedeutung gewinnen wird.

RG: Ich bin optimistisch, dass die Bevölkerung die Zeichen der Zeit erkannt hat und wir gemeinsam noch viel mehr bewegen können. Das heisst auch, dass künftig noch mehr Mittel vorhanden sind und der graue Talboden in 20 Jahren von einem Mosaik grüner Squares durchbrochen wird. Auch der grüne Ring wird in 20 Jahren tatsächlich ökologisch grün sein, mit Magerwiesen, Bächen, Heckenzügen und gestuften Waldrändern. Das ist meine Vision.

GG: Ich halte mich an ganz konkreten Zahlen fest. Der Bund und urbane Gemeinden wie Zürich oder Bern sehen insgesamt 15 bis 18 Prozent ökologische Ausgleichsfläche innerhalb des Siedlungsraumes und 25 Prozent Baumschutzdeckung in 25 Jahren vor. Das sind die Richtwerte. Dazu braucht es eine zukunftsorientierte Revision der Bau- und Zonenordnung. Zudem soll jede Umgestaltung des Aussenraums ökologisch wertvoll geplant und umgesetzt werden. So erreichen wir das Ziel.

Regula Geisser, 1975, ist Mitautorin von «Grünes Gallustal». Sie wohnt in St.Gallen und arbeitet als selbständige Architektin bei Geisser Streule Inhelder (GSI) Architekten. Ausserdem ist sie in der Stadtgruppe St.Gallen des Heimatschutzes.

Gregor Geisser, 1978, ist Rechtsgutachter von «Grünes Gallustal» und Mitverfasser des rechtlichen Konzepts. Der Rechtsanwalt, der in St.Gallen aufgewachsen ist und heute noch da wohnt, ist spezialisiert auf Raumplanungs-, Bau- und Umweltrecht.

Florian Kessler, 1972, ist seit Oktober 2014 Leiter der Stadtplanung St.Gallen. Er ist Siedlungs- und Raumplaner «und Stadtbewohner». Zuvor war er Leiter Bau und Stadtentwicklung von Rorschach. Früher arbeitete er als Projektleiter und Verkehrsplaner für den Kanton St.Gallen und als Stabsmitarbeiter Stadtentwicklung und Projektmanagement für die Stadt Thun.

Adrian Stolz, 1976, ist seit Mitte 2019 Leiter von Stadtgrün. Der diplomierte Geograf arbeitete lange als Meteorologe bei Meteo Schweiz, ab 2015 war er Leiter des Bereichs Naturförderung und Bildung von Grün Stadt Zürich.



Vision

St.Fiden

Heute

